

Forum

Kommentar



Christian Kunst
zu Freiheiten für
Corona-Geimpfte

Diese Politik der Widersprüche versteht keiner

Von dem bekannten irischen Epidemiologen Michael Ryan ist das folgende Zitat zur richtigen Strategie in Pandemien überliefert: „Geschwindigkeit schlägt Perfektion. Der größte Fehler ist, nichts zu tun.“ Der Experte der Weltgesundheitsorganisation WHO muss es wissen, hat er doch Cholera und Ebola erfolgreich bekämpft. Wer die Äußerungen führender deutscher Politiker vom Wochenende hört, der begreift, warum Bund und Ländern schon vorgeschlagen wurde, Ryan zu einem ihrer Treffen als Experten einzuladen. Da ist CDU-Chef Armin Laschet, der über Ostern nachgedacht hat, um jetzt zu dem Schluss zu kommen, dass wir einen Brücken-Lockdown brauchen – er will so allen Ernstes eine Brücke bis zu dem Moment bauen, bis viele Menschen geimpft seien. Wie lange soll das dauern? Bis in den Juni, wenn der Impfturbo endlich auch in Deutschland gezündet hat? Man weiß es nicht, weil Laschet eine der wichtigsten politischen Fragen der Corona-Krise beim Besuch eines Impfzentrums nur mit dem Schlagwort „Brücken-Lockdown“ beantwortet.

Seit Wochen beknen Wissenschaftler Bund und Länder geradezu, die dritte Welle mit einem harten, kurzen Lockdown zu brechen. Und obwohl längst eine satte Mehrheit der Bürger eben dies befürwortet, geschieht erst mal nichts. In Talkshows gibt es schon Wortgefechte zwischen Politikern und Forschern wie Virologin Melanie Brinkmann. Wer gesehen hat, wie sie bei „Markus Lanz“ darum ringt, bei Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und FDP-Politiker Wolfgang Kubicki Gehör zu finden, der kann erahnen, wie ratlos und wütend die Wissenschaft ob dieser Politik geworden ist.

Und da ist Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der in einer großen Sonntagszeitung verkündet, dass er Geimpften nach dem Ende der dritten Welle Freiheitsrechte zurückgeben will. Das ist ob neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse ein richtiger, folgerichtiger und Mut machender Schritt. Doch offensichtlich will auch Spahn so nur Punkte sammeln. Denn über die Folgen spricht er nicht. So lässt er die vielen geimpften Bewohner von Pflegeheimen unerwähnt, die in NRW schon mehr Freiheiten genießen, während Rheinland-Pfalz damit bislang noch warten will. Spahn geht es um mehr Freiheiten nach der dritten Welle, Laschet will sie im Brücken-Lockdown erst mal wieder einschränken. Wie das alles zusammenpasst? Man weiß es nicht. Nichts zu tun, mag ein Fehler sein. Doch einfach irgendetwas vorzuschlagen, macht es nicht besser.

E-Mail: christian.kunst@rhein-zeitung.net

Presseschau

In der K-Frage stichelt CSU-Chef Markus Söder weiter gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet.

Stuttgarter Nachrichten

In die Suche nach dem Kanzlerkandidaten kommt Bewegung. Der Hinweis von CSU-Chef Markus Söder, ohne Angela Merks Einbindung kein Votum herbeizuführen, lässt tief blicken. Offenbar soll die Kanzlerin in der CDU für weiß-blauen Rückenwind sorgen. Auch weil es Armin Laschet einfach nicht gelingt, bundesweit an zukunfts-knackigem Profil zu gewinnen. Die Nervosität – die sich in hastigen Rufen nach Bundestagsfraktionschef Ralph Brinkhaus als dritte Kandidatenvariante niederschlägt – wächst.



Treibt CSU-Chef Markus Söder den Preis der CSU in einer künftigen Regierungskoalition nur in die Höhe? Das vermuten politische Beobachter. Foto: dpa

Was steckt hinter Söders Sticheleien?

Der CSU-Chef attackiert Laschet scharf – Warum es vielleicht gar nicht mehr ums Kanzleramt geht

Von Jörg Blank und Christoph Trost

■ Berlin/München. Die Umfragergebnisse: abgestürzt. Das Kanzleramt wackelt. Und dann noch die K-Frage: ungelöst. Knapp sechs Monate vor der Bundestagswahl wächst in der Union die Nervosität. Zwischen Ostern und Pfingsten soll endlich entschieden werden, wer für CDU und CSU als Kanzlerkandidat in die Bundestagswahl am 26. September zieht. Das haben die beiden potenziellen Kandidaten der Union, Armin Laschet und Markus Söder, versprochen. Doch von besinnlicher Osterruhe und brüderlicher Einigkeit ist wenig zu spüren: Söder stichelt weiter gegen Laschet.

Spaltet die K-Frage die Union? Nach der Migrationskrise 2015 waren CDU und CSU fast auseinandergefliegen. Zumindest inhaltlich schienen die Unionsschwester zu letzter wieder versöhnt. Doch nun fragt man sich in der CDU: Findet die Union im Wahlkampf die für ihre Anhänger so wichtige Einigkeit? Viele halten das neben einem besseren Corona-Management für eine der wichtigsten Bedingungen, um aus dem Umfragetief aufzutauchen. Teils liegt die Union ja nur noch ein paar Pünktchen vor den Grünen.

Söders Osteräußerungen stoßen in der CDU-Führung manchem sauer auf. „Die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur sollte auch eng mit Angela Merkel abgestimmt werden“, sagt Söder der „Bild am Sonntag“. Ein Kandidat ohne Unterstützung der Kanzlerin könne kaum erfolgreich sein. Lapidare Hinweise, die Laschet auch unterschreiben würde. Wäre da nicht Söders Unterton, den sie in der großen Schwesterpartei mit-schwingen hören: Der Bayer sieht sich ja sehr eng auf Merks harter Corona-Linie – und Laschet wohl weniger.

Dann sagt Söder, der in den Werten zur Beliebtheit und Kompetenz seit Langem klar vor Laschet liegt, auch noch auf die Frage, ob man solche Umfragen ignorieren könne: „Umfragen spielen natürlich eine Rolle. Sie sind ein wichtiger Maßstab für die Akzeptanz von Personen und Programmen in der Bevölkerung.“ Dabei betonen Laschet und andere CDU-Granden seit Wochen, die Entscheidung über

die Kanzlerkandidatur falle unabhängig von der aktuellen Umfragerage. Ein Tritt vor Laschets Schienbein seien die Äußerungen aus München gewesen, ist ein noch zurückhaltender Kommentar.

Die Frage ist nun vor allem: Wie geht Laschet weiter vor? Und wann? Öffentlich angemeldet haben bisher beide ihre Kandidatur fürs Kanzleramt nicht. Sie müssen eigentlich verhindern, dass ein offener Wettkampf die Union zerreißt. Deshalb wollen sie die Frage unter sich klären, das Ergebnis den Spitzengremien ihrer Parteien vorstellen – und sich dann Seite an Seite als geeint kämpfendes Duo präsentieren. Ob das

klappt? Laschet, da gibt es in der CDU kaum Zweifel, will unbedingt Kandidat und Kanzler werden.

Und was will Söder? Er kämpft tatsächlich für einen gemeinsamen, härteren Anti-Corona-Kurs von Bund und Ländern. Anfang März hatte er selbst ja, wie auch Merkel, dem Drängen vieler nachgegeben und trotz mancher Warnungen Si-

gnale der Öffnung nach langem Lockdown gesetzt. Aber auch in Bayern schnellten die Corona-Zahlen wieder nach oben. Inzwischen kämpfen die Kanzlerin, er und andere Ministerpräsidenten wieder für einen strikteren Kurs. Auch so könnten also Söders Bemerkungen in Richtung Laschet gedeutet werden – als Versuch, alle auf Merkel-Linie zu bringen. Merkel-Stimmen gebe es schließlich nur mit Merkel-Politik, sagt Söder.

Natürlich traut die CSU Söder das Kanzleramt zu, er selbst sich gewiss auch. Doch eine Kandidatur wäre mit Risiken verbunden – für seinen starken Posten als CSU-Chef und Ministerpräsident. Auch für die CSU-Vormachtstellung in Bayern. Unterm Strich können Söders Auftreten und seine Sticheleien gegen Laschet so gedeutet werden, dass er seinen Preis und den der CSU hochtreiben und hochhalten will. Es soll eben nicht wie ein Automatismus aussehen, dass die K-Frage auf Laschet zuläuft. Daher will sich Söder so lange wie möglich im Rennen halten. Denn es geht der Union schon jetzt um Gewicht und Einfluss in der nächsten Bundesregierung mit einem Unionskanzler. Auch wenn der am Ende Armin Laschet heißen mag.

„Die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur sollte auch eng mit Angela Merkel abgestimmt werden.“
Der CSU-Vorsitzende Markus Söder

— Gegen den Strich — von Jürgen Tomicek



Verantwortschimmelt

Huffer-Kilian@t-online.de

Leserbriefe

Die Umstrukturierungen an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Pallottiner (PTHV) Vallendar gehen weiter: Die Fakultät für Pflegewissenschaften soll stillgelegt werden.

„Nicht die feine christliche Art“

„Joko und Klaas gegen den Pflege-notstand“ – und die PTHV macht die pflegewissenschaftliche Fakultät dicht. Studierende, Doktoranden und Professoren erfahren davon erst am Tag der Schließung, zum Teil lediglich aus der Presse. Das ist nicht die feine christliche Art. Der viel beklatschten und in der Krise politisch gern erwähnten Berufsgruppe wird über Nacht still und heimlich ein Stückchen mehr der Garaus gemacht, zumindest an diesem Standort.

Ist das die geforderte Wertschätzung? Nicht einmal mit uns zu reden? Nicht einmal die Möglichkeit zu erhalten, Konzepte für eine Fortsetzung oder zumindest für einen geregelten Übergang zu erstellen? Sehr viele Fragen bleiben unbeantwortet. Nun hat ein Teil der Pflege ein zusätzliches Problem: Wie schaffe ich es, neben all der Belastung durch die Pandemie mein Studium rechtzeitig zu beenden, damit ich am Ende nicht ohne alles dastehe?

Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen, die die Moral vielerorts für sich proklamieren, einmal überlegen, warum die Pflege ihr Studium nicht mehr in der Regelstudienzeit schafft und somit zu wenig Geld in die Kassen spült, wie es in der Pressemitteilung beklagt wird. Möglicherweise, weil sie mit ihren Kollegen an der Front dieser Pandemie stehen, keine Pausen mehr haben, selbst krank werden und sich am Ende über Applaus und Lavendel freuen sollen.

Lars Alsbach, Rengsdorf, Doktorand der Pflegewissenschaften

Ein Gastkommentar der Koblenzer Pastoralreferentin Jutta Lehnert zum Machtmissbrauch in der katholischen Kirche hat Diskussionen in der Leserschaft ausgelöst.

„Krise erfasst jeden Gläubigen“

Der sexuelle Missbrauch durch Kleriker beeinträchtigt unser pastorales Handeln in Dekanat und Pfarreien. Wir stehen als pastorale Mitarbeiter oft – in der eigenen Seele und in vielen Gesprächen – vor Fragen um die Tatsachen von Vergewaltigungen von Seelen und Körpern durch Kleriker. Diese Krise erfasst jeden gläubigen Menschen, nicht nur in unserer Kirche. Es muss festgehalten werden, dass das Bistum Trier bisher keinen Bericht erstellen ließ, während das Erzbistum Köln bereits zwei Gutachten hat und in der Kritik steht. Andere Bistümer haben ebenfalls schon Berichte erstellen lassen. Es gibt im Bistum Trier eine Aufarbeitungskommission, und zwar erst seit dem 22. Dezember 2020. Bis ein Bericht erstellt ist aufgrund der Aktenlage, wird es wohl drei bis fünf Jahre dauern. Der Stadtrat von Trier hat dem Bistum Aufschub gewährt in der Aufarbeitung um die Vertuschungen unter Bischof Stein, als es um die Umbenennung des Bischof-Stein-Platzes ging. Hätte das Bistum nicht direkt zur Aufklärung beitragen können? Werner Huffer-Kilian, Koblenz

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein-Zeitung „Leserbriefe“
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Wir schätzen Ihre Meinung und wollen möglichst viele Leser zu Wort kommen lassen. Von den zahlreichen Zuschriften, die uns täglich erreichen, können wir aber nur einen Teil veröffentlichen und müssen oftmals auch kürzen.